Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **93 (2002)**

Heft 18

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

KMU für eine sichere und preisgünstige Stromversorgung

«Das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) sorgt für tiefere Preise, es gewährleistet die Versorgungssicherheit und es wendet sich in keiner Weise gegen den Service public»: Diese Kernaussagen machten die Referenten an der Medienkonferenz des «Überparteilichen KMU-Komitees Ja zum EMG» am 5. Juli.

FDP-Nationalrat Pierre Triponez zeigte kein Verständnis für die Kampagne der EMG-Gegner. Er bezeichnete es als Ärgernis, «wenn unsere Gegner von ihrer Plattform der ideologischen Verbohrtheit aus mit einer Angstkampagne Stimmung machen.»

«Mit dem EMG geraten die Strompreise unter Druck», unterstrich CVP-Nationalrat Felix Walker. «Wettbewerb unter den Stromproduzenten und -händlern sowie Effizienzvergleiche im Stromnetz führen zu tieferen Preisen.»

SVP-Nationalrat Jürg Stahl wies darauf hin, dass das EMG die Versorgungssicherheit durch mehrere Massnahmen absolut garantiert: «Die Kritik der Liberalisierungsverhinderer, das EMG garantiere keine Versorgungssicherheit, kann entschieden zurückgewiesen werden.»

Der liberale Waadtländer Nationalrat Serge Beck wies darauf hin, «dass das EMG die adäquate Lösung ist, um die Öffnung des Marktes und die Konkurrenz zwischen den Anbietern zu regeln, ohne die Stromversorgung der Randregionen, der KMU oder der Kleinkonsumenten in Frage zu stellen.» Es gehe bei der Vorlage keineswegs um eine Privatisierung des Strommarktes, sondern ausschliesslich um eine sanfte Öffnung.

Stromverbrauch pro Kopf in Europa

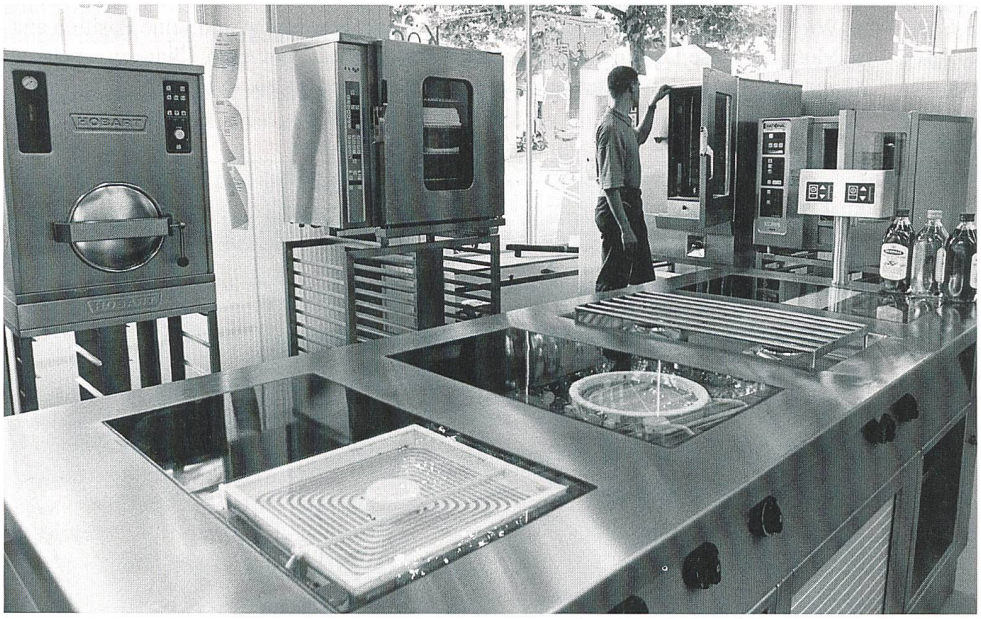
Rund 6500 Kilowattstunden (kWh) beträgt der jährliche Stromverbrauch je Einwohner in Europa. In der Schweiz liegt der statistische Pro-Kopf-Verbrauch mit 7209 kWh Strom leicht über diesem europäischen Mittel.

Als wichtigste Gründe für die Unterschiede beim Stromverbrauch je Einwohner in den einzelnen Ländern nennt der Branchenverband VDEW die Industriestruktur, den Entwicklungsstand der Volkswirtschaft, aber auch Klimaeinflüsse. Weitere Faktoren sind verfügbare Energiequellen, die Ausstattung mit Elektrogeräten und Elektroheizungen sowie der rationelle und effiziente Energieeinsatz.

Gesamter Stromverbrauch 2000, bezogen auf die Zahl der Einwohner in Kilowattstunden:

Land	(kWh)
Norwegen	24 990
Schweden	15 170
Finnland	14 730
Luxemburg	13 150
Belgien	7 670
Schweiz	7 209
Frankreich	6 920
Österreich	6 530
Niederlande	6 310
Deutschland	6 080
Dänemark	6 070
Grossbritannien	5 660
Irland	5 520
Spanien	4 970
Italien	4 850
Griechenland	4 090
Portugal	3 870
Europa	6 500

SL/Quellen: VDEW, ECE, Länderstatistiken; eurostat; EURELECTRIC



Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind zum Teil besonders stromintensiv (z. B. Gastronomie/Bild EWZ).

Der Blitzableiter

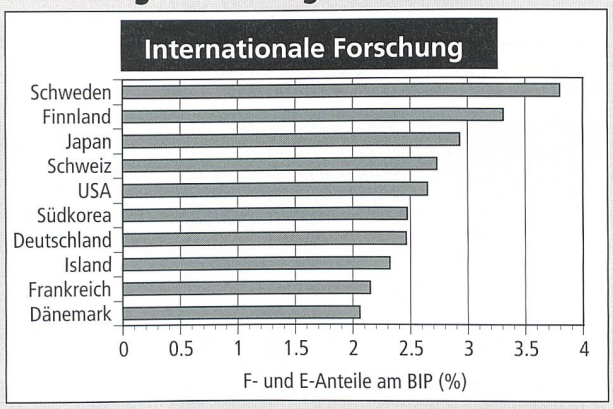
Allgemeine Verunsicherung

Am Morgen +3%, am Abend wieder –3%: derartige Kurssprünge vollbringen in letzter Zeit die Aktienindexe immer häufiger. Die Differenz beträgt dabei mehr, als eine Obligation in einem ganzen Jahr abwirft. Dies ist Ausdruck einer tiefen Verunsicherung der Gesellschaft bezüglich ihrer Zukunftsperspektiven.

Nach spektakulären, gigantischen Pleiten und Bilanzfälschungen selbst bei renommierten Firmen ist das allgemeine Vertrauen dahingeschmolzen. In der Schweiz reagiert man deshalb zunehmend sensibler gegenüber «kreativer» Strukturveränderungen bei Krankenkassen, Renten, Europapolitik, Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand, hyperventilierender Wirtschaft oder Marktkonzentrationen. Diese Entwicklungen gefährden das Elektrizitätsmarktgesetz, obwohl dieses eben dafür da wäre, den Strommarkt in geregelte Bahnen zu bringen. Denn auch an der Urne könnte die Stimmung in wenigen Tagen von 53% auf 47% sinken.

B. Frankl

Forschung als wichtige Investition



Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandprodukt (BIP) in Prozent (Quelle: OECD/MSTI 1996/2000).

(nw) Eine wichtige Investition in die Zukunft eines Landes sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Weltweit vorne liegen die Skandinavier. 3,80% des schwedischen BIP fliessen in die Forschung, den Finnen ist die Forschung 3,31% ihres BIP wert. Die Schweiz liegt im oberen Mittelfeld. Ohnehin sind laut OECD-Angaben in den Neunzigerjahren die weltweiten Forschungsausgaben durchschnittlich um 4% gestiegen; überdurchschnittliche Wachstumsraten verbuchten die USA.

EU-Strommarktliberalisierung 2002 vollendet?

(vw) Bereits auf Ende 2002 will die dänische EU-Ratspräsidentschaft die Energiemarktliberalisierung zu Ende bringen. Auf dem nächsten EU-Gipfel im Oktober sollen alle offenen Fragen zur Öffnung der Strom- und Gasmärkte geklärt werden. Man will dabei vor allem die Rechtsvorschriften für transparente Tarife und die Einrichtung einer Regulierungsbehörde in den Mitgliedsstaaten zu Wege bringen. Zudem soll die Öffnung der Energiemärkte für Privatkunden geklärt werden. Der Rat hatte im März in Barcelona die freie Versorgerwahl für Industrie- und Gewerbekunden ab 2004 beschlossen. Dänemark will auch die energetische Zusammenarbeit der EU mit Russland intensivieren.

Stromverbrauch in Europa wächst (neues Einkaufszentrum in Kassel).

Verfahren wegen überhöhter Preise

(a) Das deutsche Bundeskartellamt hat gegen die Stromversorger RWE Net AG und gegen die zum Vattenfall-Konzern gehörende Wemag AG Verfahren wegen des Verdachts der Forderung überhöhter Mess- und Abrechnungspreise bei Lastprofilkunden eingeleitet. Diese Preise lägen bei RWE Net und Wemag weit über denen vergleichbarer Stromunternehmen. Mit dem Verfahren wolle das Amt das Niveau der Messpreise deutlich senken. Davon könnten vor allem netzunabhängige Stromlieferanten und Haushaltskunden profitieren, da bei dieser Kundengruppe der Anteil der Mess- und Abrechnungskosten bis zu 20% des Strompreises betrage.

Ouverture «virtuelle» en Italie

(ep) «La libéralisation n'existe que sur le papier!» Les PMI italiennes s'insurgent contre les hésitations du gouvernement sur les modalités de l'ouverture du marché de l'électricité. Les tarifs facturés aux entreprises restent prohibitifs en comparaison des moyennes européennes.

La Confartigianato, organisation faîtière des petites et moyennes entreprises du pays, monte aux barricades. Ses membres en ont assez de payer des tarifs électriques supérieurs de 36,4% par rapport à ses concurrents européens. Son vice-président, Ernesto Testa, exige du gouvernement des mesures rapides pour corriger cette situation et lance une campagne avec ce slogan «Liberiamo subito l'energia».

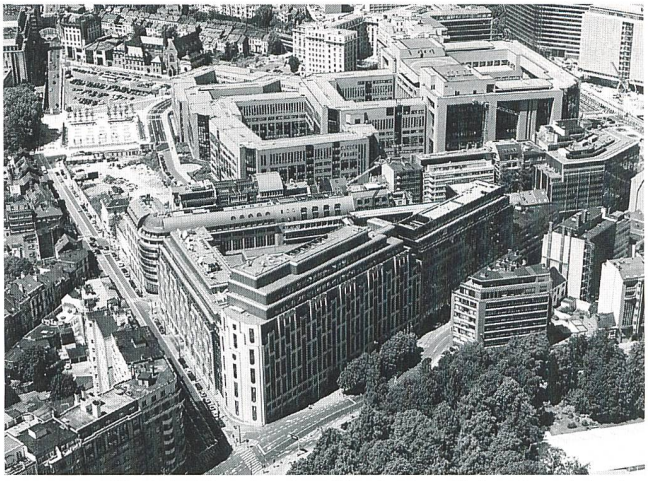
EU schlägt Kraft-Wärme-Kopplungs-Richtlinie vor

(eu) Die Europäische Kommission hat eine Richtlinie über die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als Massnahme zur Energieeinsparung und Bekämpfung des Klimawandels vorgeschlagen. Bei diesem Verfahren werden Elektrizität und Wärme in einem einzigen Prozess erzeugt. Neue KWK-Anlagen sparen mindestens 10% des Brennstoffes ein, der sonst bei getrennter Produktion von Strom und Wärme benötigt wird.

1998 betrug der Anteil des aus Kraft-Wärme-Kopplung gewonnenen Stroms 11% der EU-Gesamtproduktion. So konnte Energie in einer Grössenordnung eingespart werden, die dem Bruttoenergieverbrauch Österreichs oder Griechenlands entspricht. Das Potenzial der Kraft-Wärme-Kopplung ist allerdings weitaus grösser, und durch eine zunehmende Verbreitung hocheffizienter KWK wären enorme Energieeinsparungen möglich. Würde beispielsweise der Anteil der durch KWK erzeugten Elektrizität auf 18% der Gesamtproduktion steigen, so könnte der Bruttoinlandsenergieverbrauch der EU um 3 bis 4% gesenkt werden. Die daraus resultierende Verringerung der Treibhausgasemissionen um jährlich bis zu 65 Mio. Tonnen CO_2 wäre ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der sich aus dem Kyoto-Protokoll ergebenden Klimaschutzverpflichtungen der EU.

Würde das EMG in der Volksabstimmung abgelehnt, hätten die Kantone keine Rechtsgrundlage für Massnahmen zur Sicherung des «Service public».

Dori-Schaer-Born, ehemalige Energiedirektorin des Kantons Bern



Engagement für Kraft-Wärme-Kopplung (Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel).